

CROSSING BORDERS

bewegungen und kämpfe der migration



Vor einem Jahr erschien Crossing Borders zum ersten Mal als ein Versuch, die transnationale Kommunikation zu verbessern: bezogen auf den migrationsbezogenen Netzwerk-Prozess im allgemeinen, doch immer in konkreter Verbindung zu praktischen Kämpfen und Initiativen. In unseren Berichten ging es bislang vor allem um Auseinandersetzungen in Westeuropa, in Afrika und den USA. In der neuen Ausgabe steht die Ukraine im Mittelpunkt, mit Bezug auf das Noborder-Camp in Transkarpatien im August, aber auch exemplarisch für die Situation in Osteuropa. Und wir rufen nochmals dazu auf, dieses mehrsprachige Newsletter-Projekt zu unterstützen, uns Beiträge zu schicken und bei der Verbreitung zu helfen. Kontakt: frassainfo@kein.org Website: www.noborder.org

Transnationaler Newsletter, 4. Ausgabe, November 2007

Go West? Coming East! - Ukraine - "das Marokko des Ostens"

Seit den Ereignissen in Ceuta und Melilla finden zumindest in den westeuropäischen Massenmedien die Situation an der EU-Südgrenze, in Marokko und das Schicksal der (zumeist schwarzafrikanischen) Boatpeople eine gewisse Aufmerksamkeit. Wohl nirgendwo sonst auf der Welt sterben mehr Menschen an den Folgen einer brutalen Migrationskontrolle als zwischen Afrika und Europa. Doch dasselbe EU-Grenzregime ist auch an den östlichen Außengrenzen aktiv, mit ebenfalls unmenschlichen und bisweilen auch tödlichen Konsequenzen. Und statistisch gesehen ist der Osten sogar bedeutender, denn weitaus mehr Flüchtlinge und MigrantInnen versuchen über die Ostroute in die EU zu gelangen. Aus Sicht der EU-Behörden und der Grenzschutzagentur Frontex ist die Ukraine deshalb – ähnlich wie Marokko – vor allem eine "Problemzone illegaler Migration". Und es ist kein Zufall, dass Ukraine und Marokko in der sog. Europäischen Nachbarschaftspolitik die bedeutendsten Zielländer von Programmen sind, in denen diese mit Millionen Euros zu Pufferstaaten ausgebaut werden sollen (siehe Seite 3). Transkarpatien ist eine der ärmsten Regionen der Ukraine, und hier fand das Noborder-Camp statt, weil die Situation dort exemplarisch ist. Es ist ein Brennpunkt im doppelten Sinn: für TransitmigrantInnen aus dem globalen Süden aber auch für ukrainische ArbeitsmigrantInnen sowie für "ausgewandertes Kapital" (z.B. der Automobilindustrie). Über 40 % der arbeitsfähigen Bevölkerung Transkarpatiens ist temporär oder dauerhaft auswärts beschäftigt. In früheren Jahren waren es vor allem die Männer, die sich auf den Weg machten. Heute sind es gleichermaßen oder sogar mehr Frauen. Und die Rücküberweisungen haben sich zu einer entscheidenden Einnahmequelle entwickelt.

Die Region liegt direkt an den Grenzen zur Slowakei und Ungarns, und sie steht am untersten Ende des Lohngefälles, mit extremen Niedriglöhnen in den Grenzindustrien und "verlängerten Werkbänken" (siehe den Text über die Automobilindustrie aus Seite 3). All das erklärt, warum Osteuropa als zentraler Fokus migrantischer Kämpfe in einer transnationalen Dimension anzusehen ist. Dabei stellen die Bewegungen der Migration eine konkrete Bedrohung für die Ein- und Ausschlussstrategien der EU dar. Sie ver-

schaffen sich Geltung in einer politischen Kommunikation, mit der Grenzen unterwandert und auch Menschen außerhalb Europas einbezogen werden, deren Migrationspläne durch die EU-Politik beschnitten werden. Gleichzeitig zeigt die Verlagerung von Kapital in den Osten, dass die Grenzen immer funktionaler werden für die Prekarisierung der Arbeit. Daher muss unsere Perspektive auch in der Konfrontation mit dieser Transnationalen Organisation der Arbeit liegen. Wir können nicht den Süden betrachten ohne den Osten einzubeziehen und umgekehrt. Migrantische Kämpfe machen die Routen der Migration kenntlich, aber werden wir fähig sein, den Osten und Süden mit den europäischen Bewegungen zu verknüpfen?

Kurzer Bericht über das Noborder-Camp

Es war als Kommunikations-Camp zwischen Ost und West geplant und mit 300 TeilnehmerInnen aus vielen vor allem ost- und westeuropäischen Ländern wurde dieser Anspruch in zahlreichen Workshops und bei gemeinsamen Aktionen gut eingelöst. Am Ende des einwöchigen Camps in einer ländlichen Gegend nahe der Stadt Ushgorod fuhr eine kleinere Gruppe von AktivistInnen zum Abschiebelager bei Pawschino. Es ging darum, direkte Solidarität mit den ca. 500 Migranten und Flüchtlingen auszudrücken, die dort unter unmenschlichen Bedingungen (und finanziert von der EU!) gefangen gehalten werden. Gleichzeitig protestierten über 200 Leute in Ushgorod vor dem Büro der Migrationsbehörde, die für die Situation in Pawschino verantwortlich ist. Es folgte eine Demonstration durch die Stadt, mit einer abschließenden Kundgebung auf dem Marktplatz, wo bereits in den Tagen zuvor ein Noborder-Festival mit Musik und Filmen stattgefunden hatte. Während dieses Festivals kamen viele Menschen aus der lokalen Bevölkerung "mit Noborder" in Berührung, und viele stimmten der Kritik zu, zumal sie häufig schon eigene Erfahrungen mit rigiden Visaregelungen oder sogar Abschiebungen durch EU-Behörden gemacht haben. Mehr Informationen zum Noborder-Camp, das Flugblatt der Demonstration sowie vor allem zum Abschiebelager Pawschino unter <http://www.pawschino.antira.info/>

Geht die Autoindustrie in die Ukraine?

Seit zehn Jahren weitet die europäische Autoindustrie ihre Produktion nach Osten aus. Konzerne wie VW, General Motors, Peugeot und Toyota und zig Zulieferer investieren etliche Milliarden Euro im "neuen Detroit" - in Tschechien, der Slowakei, Polen und Ungarn. Die Verlagerung der Industriearbeit, besonders der Autoindustrie wurde vom Kapital wie eine politische Todesdrohung gegen die westeuropäische Arbeiterklasse verkündet. In Wirklichkeit produzieren Deutschland und Frankreich heute aber mehr Autos als vor zehn Jahren, während Tschechien immer noch weniger produziert als Belgien. Trotzdem hat die Drohung funktioniert: Die Arbeitsbedingungen und Löhne im Westen haben sich deutlich verschlechtert.

Es ist aber auch deutlich geworden, dass die ArbeiterInnen im Osten die Arbeit in einer Autofabrik genauso hassen wie im Westen. Skoda und Toyota in Tschechien stellen schon Leute aus der Slowakei, Polen und der Ukraine ein, weil sie vor Ort nicht genug ArbeiterInnen finden. In der Slowakei und Polen, wo die offizielle Arbeitslosigkeit gerade von 20 auf 14 Prozent gesunken ist, reden die Kapitalisten schon von Arbeitskräftemangel, was sich als "nicht genug billige und willige ArbeiterInnen" entschlüsseln lässt (siehe Artikel in Wildcat #76 und #78). Jetzt spielt das Kapital dort dasselbe Einschüchterungsspiel und redet von Verlagerungen noch weiter nach Osten, z.B. in die Ukraine, wo die Löhne noch niedriger sind.

In Wirklichkeit wird jede Verlagerung der Autoindustrie in die Ukraine lange dauern und teuer sein. Außerdem wird sie von einer zunehmenden wirtschaftlichen Integration in die EU abhängen, was eine Öffnung der Grenzen bedeutet, während sich die ArbeiterInnen langfristig nur billig halten lassen, wenn sie sozial isoliert, d.h. die Grenzen geschlossen bleiben. Wie wird das Kapital mit diesem Widerspruch umgehen?

Kurzfristig eröffnen einige westliche Autohersteller tatsächlich Werke in der Ukraine, allerdings hauptsächlich, um einen Fuß in den dortigen Automarkt zu bekommen. Andererseits eröffnen einige weltweite Zulieferer Maquila-Fabriken direkt hinter der Grenze, um eine billige, junge, weibliche Arbeitskraft auszubeuten. Es wird aber klar, dass diese Arbeiterinnen sich nur auf dem Dorf finden lassen, gar nicht so jung sind und schnellstmöglich den Job wechseln. Trotz fehlender legaler Möglichkeiten arbeiten etwa 40 Prozent der BewohnerInnen Transkarpatiens ständig oder zeitweilig im Ausland. Wie realistisch ist der Traum des Kapitals, diese Menschen in die billige und willige Arbeitskraft zu verwandeln, die es im Westen nicht findet?

Ein paar Fakten

1999 produzierte die Ukraine nur 19.000 Autos, verglichen mit 5,3 Millionen in Deutschland. 1992 waren es noch 150.000 gewesen. In der jüngsten Zeit ist die Binnennachfrage gestiegen, und 2006 wurden wieder über 275.000 Autos produziert - hauptsächlich in dem noch aus Sowjetzeiten stammenden AvtoZAZ-Werk im ostukrainischen Saporishja gebaute Ladas. Diese verlieren aber zunehmend Marktanteile an importierte und in der Ukraine montierte ausländische Modelle. Zur Vermeidung

der 25-prozentigen Importsteuer setzen einige ausländische Hersteller auf die sogenannte SKD-Montage ("semi knocked-down"): Die Autos werden in einer "echten" Autofabrik produziert, auseinandergenommen, in einen Container gepackt, in die Ukraine transportiert und dort wieder zusammenmontiert. Das ist nicht sehr produktiv, verlangt aber kaum Investitionen. Derart bekommt die weltweite Autoindustrie normalerweise einen "Fuß in die Tür" potentieller neuer Produktionsstandorte.

Als VW im Dezember 2001 sein Eurocar-Werk im ukrainischen Solomonovo bei Ushgorod eröffnete, hatte es 200.000 Dollar investiert und 37 ArbeiterInnen montierten sieben verschiedene Skoda-, VW- und Audi-Modelle. In der jetzigen zweiten Phase hat VW über 100 Millionen Dollar investiert, und 1000 ArbeiterInnen montieren zwei Skoda-Modelle. Immer noch müssen aber praktisch alle Komponenten - die zwei Drittel des Wertes eines Autos ausmachen - importiert werden. Die Ukraine hat keine integrierte Produktionsstruktur wie Deutschland oder inzwischen Tschechien, wo hunderte von Zulieferwerken durch Just-in-Time-Produktion über tausende von LKWs auf Autobahnen mit den Montagewerken verbunden sind. Für die dritte Phase plant VW die Investition von weiteren 100 Millionen Dollar, die Einstellung von weiteren 2300 ArbeiterInnen und die Verwendung von "inländischen Komponenten". Lokalpolitiker versprechen sogar bis zu 6500 Jobs bei Eurocar und weitere 30.000 in der Komponentenherstellung.

Bisher sind aber nur wenige Komponentenhersteller in die Ukraine gekommen. In Transkarpatien gibt es Groclin in Ushgorod (Sitzbezüge für Volvo), Leoni im 35 km von Ushgorod entfernten Mukacheve (elektronische Bordnetze GM und Porsche) und Yazaki 5 km außerhalb von Ushgorod, ein paar hundert Meter von der EU-Grenze (Kabelbäume Opel). Alle arbeiten für den Export.

Yazakis 31,7 Millionen Euro teure Fabrik ist die größte japanische Investition in der Ukraine und hat die Produktion im Oktober 2003 aufgenommen. Während des Noborder-Camps in der Ukraine ergab sich ein Gespräch mit einigen ArbeiterInnen. Die meisten der 1000 ArbeiterInnen sind Frauen in den Dreißigern, die im Dreischichtbetrieb am Band arbeiten. Sie sind bei Yazaki mit unbefristeten Verträgen direkt eingestellt. Der durchschnittliche Netto-Monatslohn von etwa 175 Euro besteht aus einem Grundlohn von 880 Grivna (129 Euro) "für alle" plus einer Produktivitätszulage von durchschnittlich 500 Grivna (73 Euro) minus 13 Prozent Steuern. Im Betrieb gibt es keine Gewerkschaften. Als sich vor etwa einem Jahr herumsprach, dass der Mobiltelefonhersteller Jabil besser bezahlte, kündigten viele Frauen und gingen dorthin. Vor zwei Jahren hob Yazaki das Höchstalter von 30 auf 45 Jahre an, weil sie nicht genug jüngere ArbeiterInnen finden konnten. Auch in der Stadt finden sie kaum ArbeiterInnen: Die meisten kommen aus Dörfern in einem 50-km-Umkreis um Ushgorod und werden mit Firmen-Minibussen zur Arbeit gebracht.

Eine Geschichte zwischen den Grenzen - eine Geschichte über die alltägliche Migration von Frauen während einer der vielen Reisen zurück in die Ukraine.

Ich sitze in einem der vielen Busse, die Italien mit der Ukraine wöchentlich verbinden. Es ist eine lange Reise, so dass ich, wie meine Reisegefährtinnen, das Zeitgefühl bald verliere, nur unterbrochen durch die Stopps an Raststätten und Grenzübergängen, die immer grosse Adrenalinschübe hervorrufen. Stress und Nervosität nehmen zu, wenn die Grenze sich nähert, und werden zu Euphorie, wenn sie überschritten ist.

Auf dem Weg wechseln sich Schlaf mit Wachsein ab und wir reden und erzählen uns gegenseitig von unserem Leben. Ich treffe Olga, die zurück in die Ukraine fährt aus Angst, ihren Mann zu verlieren. Überzeugt von ihrer Entscheidung ist sie aber nicht: in Italien lässt sie ihre Freunde und ihre Selbständigkeit zurück, die sie durch ihre finanzielle Unabhängigkeit erlangt hat. Doch in der Ukraine hat sie ihre Familie. Vor dem Fall der Sowjetunion arbeitete Olga im Einzelhandel. 1991, in dem Jahr, in dem die Ukrainische Unabhängigkeit ausgerufen wurde, bekam sie ein Kind und entschied sich, ihr Auskommen mit grenzübergreifendem Handel aufzustocken: sie kaufte Kleidung in Polen und verkaufte sie auf dem Markt. Aber zwischen 1995 und 1996 wurde der Lohn ihres Mannes nur mit langen Verzögerungen ausbezahlt, und die Situation der Familie verschlechterte sich rapide. Der Grenzhandel war nicht mehr ausreichend, um ein adäquates Einkommen für die Familie zu gewährleisten.

Also entschied sie sich dafür, ihr Glück im Ausland zu suchen. Ihre erste Erfahrung, Ironie des Schicksals, machte sie in einer italienischen Textilfabrik in der Tschechischen Republik, wo sie für eine kurze Zeit mit Frauen aus der Ukraine und aus Polen zusammen arbeitete. Aber das Gehalt war zu niedrig im Vergleich zu den langen Arbeitsstunden. Sie ging zurück in die Ukraine und nach ein paar Monaten kaufte sie sich für 500 € von einem Reisebüro ein Visum für Italien. Neapel war das

empfohlene Ziel. Als sie dort ankam, machte sie der Busfahrer mit einem „Caporale“, einem „Vermittler“ bekannt, der ihr Arbeit als Haushaltshilfe nach Erhalt von 200 € anbot. Olga begann den langen Prozess, sich von der Isolation der Hausarbeit zu befreien, sowie sich eine Arbeitsgenehmigung zu erkämpfen. Dies war ein Weg mit vielen Hürden: sie wurde gezwungen viele Schmiergelder zu zahlen, was ihren Verdienst sehr beeinträchtigte.

Nun kehrt Olga wieder zurück, vielleicht für immer. Ihr Zögern teilt sie mit anderen Frauen, da in der Ukraine die Meinung herrscht, dass die gegenwärtige Familienkrise mit der Migration der Frauen zusammenhängt. Wanderarbeiterinnen haben sich daran gewöhnt, zu antworten, dass ja genau sie für den Erhalt der Familie sorgen: ihre Migration ist notwendig, um der Arbeitslosigkeit des Mannes, der nicht mehr für die Familie sorgen kann, entgegenzuwirken.

Wir erreichen die Ukrainische Grenze Chop. Die Polizei ist arrogant, wie immer behandeln sie meine Reisegefährtinnen mit Geringschätzung, obwohl diese lediglich versuchen, ihren Lebensunterhalt und ihre soziale Situation zu verbessern. Dass die Wanderarbeiterinnen die Situation auch für die eigene soziale Besserstellung nutzen, widerspricht den gesellschaftlichen Normen ihres Herkunftslands und wird nicht akzeptiert.

Nach der Grenze verhalten sich die Frauen gegenüber ihren Landsleuten mit Vorsicht, weil nun eine Zwangsumverteilung der mitgebrachten harten Währung droht: an jedem Kontrollpunkt muss ein Schmiergeld, „habar“, bezahlt werden. Dies ist dermaßen üblich, dass die Fahrer immer schon 5 oder 10 Euro Scheine bereit halten. Die Frau neben mir erklärt, dass wir möglicherweise auf bis zu zehn Kontrollpunkte treffen werden. Aber diesmal haben wir Glück: wir treffen nur noch auf einen weiteren.

Europa braucht sein "Außerhalb"

Während der EU-Mitgliedschaftsprozess der Hebel ist, um die Beitrittsländer dazu zu bringen, EU-Gesetze zu übernehmen, sollen die umliegenden Staaten als „Cordon Sanitaire“ funktionieren. Die Nicht-Mitgliedsstaaten der EU werden immer wichtiger, um die europäische Migrationskontrolle auszuweiten, also um MigrantInnen zu stoppen bzw. die Migration zu filtern. Die Ukraine ist ein gutes Beispiel: Mit dem Inkrafttreten des EU Action Plan of Justice and Home Affairs (2001) wurden die jeweiligen Länder für die Transitmigration in die Europäische Union verantwortlich gemacht, das wurde mit der Integration der Ukraine in die European Neighbourhood Policy (2004) fortgesetzt. Letzteres ist der Versuch, einen „Ring von Freunden“ an den neuen EU Grenzen zu installieren und somit die Migrationskontrolle zu externalisieren. Abschiebelager, Rücknahmeabkommen und Asylverfahren spielen dabei eine entscheidende Rolle. Aus vielen Blickwinkeln ist Kiew Europa: 23 Mitgliedsstaaten haben dort Botschaften, die die Visa vergeben und damit schon vorab die Migration kontrollieren. Die meisten Botschaften verfügen zudem über Polizeikräfte, Grenzkontrollpersonal oder Einwanderungsbeamte, die sogenannte EU Justice, Freedom and Security Contact Points. Und es ist kein Zufall, dass die IOM ein großes Büro in Kiew hat.

Der Soderköping Prozess – eingeführt von der schwedischen Migrationsbehörde, der IOM, UNHCR und der EU – hat auch eine wichtige Koordinierungsfunktion für EU- und Nicht-EU Migrationskontrollagenturen in der Region. Desweiteren gibt es BOMMOLUK (Border Management at the Moldova Ukraine Border), ein 9 Millionen Euro Projekt, und ICMPPD (International Centre for Migration Policy Development). Dies ist ein Aufklärungsorgan, das mit Europol und Frontex zusammen arbeitet, um Wege, Techniken und Strategien von MigrantInnen ohne Papiere auszuspionieren.

Das alles ist nicht überraschend, wenn wir wissen, dass die osteuropäischen Nicht-Mitgliedsstaaten (insbesondere die Ukraine) ein besonderer Brennpunkt sind, da tausende von ArbeiterInnen sich von dort aus in den Westen bewegen und immer mehr MigrantInnen und Flüchtlinge aus Asien und Afrika dieser östlichen Route in die EU folgen.

News und Chronik...

MigrantInnen in Russland

Russland hat sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zum wichtigsten Zielland für Migration in der Region entwickelt. Etwa 80 Prozent der MigrantInnen stammen aus der Ukraine, aus Kasachstan, Usbekistan, Moldawien, Aserbaidschan oder Tadschikistan. Sie arbeiten auf Baustellen, als Hausmeister, auf Märkten, überall dort, wo billige Arbeitskräfte gesucht werden. Dabei leben nach geschätzten Angaben etwa 10 Millionen MigrantInnen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Zwar haben die seit 2007 geltenden Meldevorschriften einerseits die Legalisierung illegaler Arbeitskräfte erleichtert, andererseits entstehen neue Schranken durch regional definierte Quoten für die Ausstellung von Arbeitserlaubnissen. MigrantInnen sind ständigen Schikanen am Wohnort, bei der Arbeitsstelle und bei zahlreichen Passkontrollen ausgesetzt. In der Metropole Moskau betätigen sich zudem kremlnahe Jugendorganisationen als Hilfspolizei bei der Suche nach illegalen Arbeitskräften. Vor allem in der Region um Moskau und im Süden Russlands sollen neue Abschiebezentren eingerichtet werden. Abschiebungen in Bezug auf politisch missliebige Personen v.a. aus China und Usbekistan erfolgen häufig auf Anweisung des Inlandsgeheimdienstes FSB. Nach Angaben der russischen Migrationsbehörde wurden infolge der bislang größten gegen eine nationale Gruppe gerichteten Kampagne im Jahr 2006 innerhalb von neun Monaten etwa 5000 GeorgierInnen abgeschoben

Frankreich - Guinea - Deutschland - Benin - Irak:

16. August: Sechs französische Polizisten wurden am Flughafen von Conakry/Guinea verprügelt, als sie dort zwei Abgeschobene ablieferten. Nicht nur die beiden Guineer, die an einem Hungerstreik von sans papiers in Lille teilgenommen hatten, und einige der Passagiere, die gegen die Misshandlung der Abgeschobenen protestierten, waren beteiligt, sondern auch zwei guineische Polizisten. Das verursachte einige diplomatische Auseinandersetzungen. Ähnliche Probleme entstanden durch eine dubiose Delegation aus Guinea, die zum vierten Mal in Deutschland war, nach Besuchen in der Schweiz, Frankreich und auf den Kanarischen Inseln, mit dem Ziel, afrikanische Flüchtlinge zu "identifizieren", um ihre Abschiebung zu ermöglichen. Proteste in Deutschland und Guinea hatten zur Folge, dass die neue guineische Regierung am 27. August erklärte, alle Maßnahmen zur Identifizierung und Abschiebung seien ausgesetzt bis zur Unterzeichnung eines bilateralen Abkommens. Außerdem verursachte eine Charterabschiebung am 10. September von Hamburg nach Benin diplomatische Probleme, weil die deutschen Behörden einen Liberianer nach Benin abschieben wollten, ohne gültige Papiere von diesem Land für ihn zu haben. Vorher hatten sie versucht, ihn an Bord einer Maschine der Air France zu setzen, wo GewerkschafterInnen eine Kampagne gegen Abschiebungen gestartet haben und die Kollaboration mit deutschen Behörden anprangerten. Der Liberianer wurde frei gelassen - dank all dieser transnationalen Proteste. Inzwischen konnte in Frankfurt Zagros-Air, eine Gesellschaft, die für Abschiebungen in den kurdischen Teil Iraks vorgesehen war, erfolgreich davon überzeugt werden, dieses schmutzige Geschäft einzustellen - mit der Drohung einer Image-Beschmutzungskampagne!

Tunesien/Italien:

Seit dem 22. August stehen sieben tunesische Fischer vor einem Gericht in Agrigent (Sizilien), angeklagt wegen "Unterstützung illegaler Einreise". Sie riskieren bis zu 15 Jahren Gefängnis. Verfolgt als "Schlepper", ist das, was sie taten, tatsächlich nur die Erfüllung ihrer grundlegenden Pflicht zur Solidarität: Am 8. August, auf hoher See in der Nähe der Insel

Lampedusa, sammelten sie 44 Passagiere eines Boots in Seenot ein und brachten sie zum Hafen, wo sie alle verhaftet wurden. Nach internationalen Protesten vieler Menschenrechts- und antirassistischer Organisationen sowie 103 Mitgliedern des Europäischen Parlaments wurden die Fischer frei gelassen und konnten nach Hause zurückkehren. Der Prozess geht aber weiter - vor derselben RichterIn, die auch für die Anklage gegen die Mannschaft des deutschen Schiffs "Cap Anamur" zuständig ist. Mehr auf: www.migreurop.org

Marokko:

Fast zwei Jahre nach den dramatischen Ereignissen an den Zäunen von Ceuta und Melilla im Jahr 2005 starben in der Nacht vom 30. auf den 31. Juli 2007 zwei Menschen an der Atlantikküste von Laâyoune im Süden Marokkos durch Schüsse der Küstenwache, als sie versuchten, ein Boot in Richtung Kanarische Inseln zu besteigen. Zwei weitere Menschen wurden schwer verletzt. Einige Tage vorher, am frühen Morgen des 26. Juli, fand eine weitere Razzia statt auf dem Campus der Universität von Oujda im Osten Marokkos. Mehr als 450 MigrantInnen wurden festgenommen, misshandelt und an die algerische Grenze gebracht. Viele Organisationen protestierten gegen diese Politik der marokkanischen Regierung, die durch die EU unterstützt wird (siehe Erklärung dazu auf www.migreurop.org). Am 6. und 7. Oktober werden Tage des Gedenkens an die Ereignisse von 2005 an den EU-Grenzen mit transnationalen Diskussionen und Aktionen in Oujda stattfinden.

Niederlande im April 2007

Wenige Tage vor der Eröffnung der Abschiebeknäste auf Schiffen in Zaandam nördlich von Amsterdam haben rund 90 AktivistInnen in einer Überraschungsaktion die Zäune aufgeschnitten www.noborder.org/archive_item.php?id=381

Rostock/Deutschland im Juni 07:

Zwischen Auftakt-Grossaktion und sehr erfolgreichen Blockaden gegen den G8-Gipfel fand am 4. Juni mit 10.000 TeilnehmerInnen eine eindrucksvolle Demonstration für globale Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für Alle statt. AktivistInnen aus der ganzen Welt haben zudem zu interessanten transnationalen Treffen und migrationsbezogenen Veranstaltungen beigetragen... siehe www.nolager.de

Gatwick/GB September 2007

Ein transnationales No Border Camp fand zum ersten Mal in Grossbritannien statt in der Nähe des Flughafens London Gatwick. Über 500 Menschen aus Grossbritannien, sowie anderen europäischen und afrikanischen Ländern trafen sich, um Aufmerksamkeit dafür zu schaffen, was das globale Migrationssystem in Grossbritannien und weltweit für Auswirkungen hat. Es gab ein ein-wöchiges Camp mit Workshops und transnationalen Vernetzungstreffen. Zwei grosse Demos zum Thema „Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für Alle“ fanden statt; eine Demo endete vor den Ausländerbehörden „Electric House“ und „Lunar House“ in Croydon, und eine andere verlief durch die Stadt Crawley und endete vor dem Abschiebeknast „Tinsley House“ bei Gatwick. Das Büro von „Virgin Airlines“, eine Fluglinie die Abschiebungen durchführt, wurde besetzt und das Büro von „Group 4“, ein Konzern das den Dungavel Abschiebeknast in Schottland betreibt, wurde blockiert. Es gab ein Wochenendseminar, „Migrating University“ an der Goldsmiths Universität in London, das die Themen Migration, Bildung und Grenzen diskutierte. Weitere SoLiaktionen wurden in anderen Städten organisiert. Das 2007 No Border Camp war ein Teil einer neuen Kampagne, den Bau eines weiteren Abschiebeknasts am Flughafen Gatwick zu verhindern. Infos und Bilder gibt's unter www.indymedia.org.uk und www.noborders.org.uk.